



IHRC KURZER BERICHT

Im Laufe von 35 Jahren wurden Tausende von Personen aufgrund dieser Gesetze verhaftet. Diese Personen waren Muslime (Sunniten, Schiiten und Ahmadis), Christen und Hindus.

Ihre Vergehen reichten vom Tragen eines islamischen Slogans auf einem T-Shirt über die Planung des Baus einer Moschee, die Verteilung islamischer Literatur auf einem öffentlichen Platz, das Abhalten von Gebeten in einer Moschee, das Bedrucken einer Hochzeitseinladungskarte mit Koranversen bis hin zum Versenden einer als islamkritisch angesehenen Textnachricht. Die Strafen reichten von Geldstrafen über unbefristete Haft bis hin zu lebenslanger Haft und der Todesstrafe. Obwohl in Pakistan bisher noch niemand wegen Blasphemie hingerichtet wurde, sind mindestens 50 Personen von Mobs getötet worden, nachdem sie wegen Blasphemie festgenommen worden waren.

Die pakistanischen Anti-Blasphemie-Gesetze sind auch heute noch in vollem Umfang in Kraft und wirksam. Sie schüren religiösen Extremismus und bringen die Meinungen muslimischer und nicht-muslimischer Minderheiten zum Schweigen.

Die Ahmadiyya-Muslim-Gemeinschaft ist wohl die am meisten verfolgte muslimische Gemeinschaft in der muslimischen Welt. Das US-Außenministerium, die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit, die Internationale Juristenkommission, Amnesty International, Human Rights Watch sowie Dutzende anderer Menschenrechtsorganisationen haben die systematische Verfolgung von Ahmadi-Muslimen durch religiöse Extremisten und staatliche Institutionen dokumentiert. So wurden in den letzten Jahrzehnten Hunderte von Ahmadi-Muslimen in Pakistan ermordet. Allein im Jahr 2010 wurden 86 Ahmadi-Muslime in Pakistan ermordet - das bisher tödlichste Jahr für diese Gemeinschaft.

In den jüngsten Berichten des US-Außenministeriums über Pakistan wird darauf hingewiesen, dass "die Behörden die [Anti-]Blasphemiegesetze routinemäßig anwenden, um religiöse Minderheiten und gefährdete Muslime zu schikanieren und persönliche Rechnungen oder geschäftliche Rivalitäten zu begleichen".

Amnesty International berichtet, dass die pakistanischen Anti-Blasphemiegesetze "ein praktisches Instrument sind, um Debatten und abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen". Human Rights Watch berichtet, dass "Pakistans fortgesetzte Anwendung der Blasphemiegesetze gegen religiöse Minderheiten eine Schande ist" und "abgeschafft werden muss". Die U.S. Commission on

International Religious Freedom beschreibt die Anti-Blasphemie-Gesetze als "Einschränkung der Religionsfreiheit" und Förderung von "Selbstjustiz".

Aus Angst vor einer Anklage wegen "indirekten oder direkten Auftretens als Muslim" können Ahmadi-Muslime ihren Glauben weder mündlich noch schriftlich bekennen. Die pakistanische Polizei zerstörte Koranübersetzungen der Ahmadi und verbot Ahmadi-Publikationen, die Verwendung jeglicher islamischen Terminologie auf Hochzeitseinladungen für Ahmadi-Muslime, das Abhalten von Begräbnisgebeten für Ahmadi-Muslime und das Anbringen der Kalima (des Glaubensbekenntnisses eines Muslims) auf Grabsteinen für Ahmadi-Muslime.

Der oben genannte angebliche Rechtsstatus der Ahmadi-Muslime bringt sie in eine prekäre Lage, in der sie keinerlei Menschenrechte haben. Wenn sie abgeschoben werden, werden den Ahmadi-Muslimen in Deutschland die grundlegenden Menschenrechte verweigert und sie sind der Gnade der Mehrheit ausgeliefert, die vom Staat sanktioniert wird und der Meinung ist, dass Ahmadi-Muslime für ihren Glauben bestraft werden sollten. Sie können in Pakistan nicht sicher leben, da sie aufgrund ihrer Religion, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe und ihrer politischen Meinung höchstwahrscheinlich in Gefahr sind. Sie sind wahrscheinlich in ständiger Angst, Beschimpfungen, Angriffen, körperlicher Gewalt, einer möglichen Bedrohung ihres Lebens und gesellschaftlicher Ablehnung ausgesetzt zu werden.

Die staatlich geförderte Verfolgung von Ahmadis in Pakistan hat sich seit 2019 verschärft. Neue Cybergesetze werden von der pakistanischen Telekommunikationsbehörde als Waffe eingesetzt. Mehrere Ahmadis sind in dieser Zeit getötet worden. Andere wurden wegen Verstößen gegen die pakistanischen Blasphemie- und Anti-Ahmadiyya-Gesetze verhaftet. Ahmadis, darunter Missionare und Beamte, sind in verschiedenen pakistanischen Gefängnissen inhaftiert. Ein Ahmadi ist im Gefängnis gestorben, während er auf seinen Prozess wartete.

Anti-Ahmadi-Geistliche mit engen Verbindungen zu einflussreichen pakistanischen Beamten arbeiten mit der FIA zusammen, einer Regierungsbehörde, die mit der Durchsetzung der neuen pakistanischen Cyber-Gesetze betraut ist, um hochrangige Jamaat-Funktionäre ins Visier zu nehmen, indem sie sie in ein Netz von frivolen Fällen verwickeln. Diese Fälle sind Teil eines kalkulierten und gut organisierten Plans, der darauf abzielt, das Funktionieren unserer Jamaat in Pakistan zu stören, indem unsere ranghöchsten Führer verhaftet werden.

Zusätzlich zu diesen Fällen, die sich gegen unsere Führung richten, nimmt die PTA auf Geheiß einiger Anti-Ahmadi-Geistlicher auch Jamaat-Websites ins Visier, die von ausländischen Staatsangehörigen betrieben werden. Diese Websites enthalten keine pakistanisch-spezifischen Inhalte, aber die PTA behauptet fälschlicherweise, dass diese Websites gegen die pakistanischen Gesetze gegen die Ahmadiyya, Blasphemie und Internetkriminalität verstoßen. Infolgedessen hat

die PTA viele unserer Websites in Pakistan blockiert und mit einem Geofencing versehen, so dass sie in Pakistan nicht mehr abrufbar sind. Dies hat die ohnehin schon schwache Verbindung der Ahmadi-Muslime zur Außenwelt weiter belastet.

Schließlich haben die pakistanischen Behörden mehrere soziale Medien und Technologieunternehmen (z. B. Google, Apple und Wikipedia) aufgefordert, Inhalte zu entfernen, die mit der Ahmadiyya Muslim Gemeinschaft in Verbindung stehen. Sie haben Google gezwungen, eine von der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinschaft veröffentlichte Google-Play-App zu entfernen, die arabische und englische Übersetzungen des Korans anbietet. Außerdem haben sie Google gezwungen, seinen Algorithmus für die Suchanfragen "Khalifa des Islam" und "Kalif des Islam" zu ändern.

GEMEINSAME ERKLÄRUNG DREI BESONDERER BERICHTERSTATTER DER VEREINTEN NATIONEN IN BEZUG AUF DIE AHMADIYYA-VERFOLGUNG:

Am 13. Juli 2021 haben UN-Menschenrechtsexperten ihre tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass den schweren Menschenrechtsverletzungen gegen die muslimische Gemeinschaft der Ahmadiyya weltweit keine Beachtung geschenkt wird, und forderten die internationale Gemeinschaft auf, ihre Bemühungen um ein Ende der anhaltenden Verfolgung von Ahmadi-Muslimen. Nachfolgend finden Sie diese gemeinsame Erklärung, die auch online unter dem folgenden Link von der Webseite des Menschenrechtsbüros der Vereinten Nationen des Hohen Kommissars zu finden ist:

<https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=27305&LangID=E>

END